

**GRÜN-alternativ Meerbusch**

An die Vorsitzende des Ausschusses  
Klima, Umwelt, Bau  
Barbara Neukirchen  
Ratsbüro  
40667 Meerbusch

Meerbusch, 15.11.2023

**Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2024  
Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau  
am 29. November 2023**

**Antragssteller:** GRÜN-alternativ Meerbusch

**Änderung für Produkt (bitte ankreuzen)**

010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof

Seite des Haushaltentwurfes, Konto, Bezeichnung, ggf. investive Maßnahme	
<b>Seite:</b>	132
<b>Konto:</b> z.B. 54310000	
<b>Bezeichnung:</b>	Maßnahmen IHKO
<b>ggf. investive Maßnahme:</b> z.B. 7.01010001 Beschaffung bew. Vermögen	7 01005 189 7 01005 190 7 01005 191

**Änderungsantrag**  
Maßnahmen nach IHKO streichen

Veränderung (VE nur für investive Maßnahmen möglich)			
	Ansatz alt z.B. 15.000 €	Veränderung z.B. + 5.000 €	Ansatz neu z.B. 20.000 €
2024	100.000		0
	200.000		0
Und spä- ter	240.000 in 2026		0
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)			

**Begründung**

Auf die Stadt Meerbusch kommen erhebliche finanzielle Belastungen zu, die sich u.a. und insbesondere aus der zwingenden Notwendigkeit der Sanierung und des Neubaus von Rettungswachen und Schulgebäuden ergeben.

Es wird von Seiten der Verwaltung wie von der Politik regelmäßig darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Meerbusch bei ihren Ausgaben auf notwendige Bereiche, insbesondere Bildung, Klimaschutz, Rettungswesen konzentrieren sollte.

Die Maßnahmen nach dem Integrierten Handlungskonzept Osterath -IHKO- waren zum großen Teil umstritten und lösen insgesamt Investitionen im zweistelligen Millionenbereich aus. Der Hinweis, dass es sich um investive Maßnahmen handelt, löst nicht das Problem, dass sich im Laufe der Jahre neben der Tilgung große Zinsbelastungen ergeben, die zu konsumtiven Aufwendungen führen.

Die Stadt geht in ihren Annahmen von sinkenden Zinsbelastungen aus. Diese Annahme ist durch nichts begründet, im Gegenteil, aktuell dürfte von Zinsaufwendungen von ca. 5% ausgegangen werden. Selbst niedrigere Zinsen rechtfertigen diese fragwürdigen und nicht zwingenden Aufwendungen nicht.

Das können, sollten und dürfen wir uns in einer Zeit massiver Finanzprobleme nicht leisten. Die vom Land NRW zugesagten Fördermittel – ca. 4 Mio. € - mindern zwar den Aufwand, es bleiben aber städtische Investitionen im Millionenbereich. Hinzu kommt, dass diese Mittel vorfinanziert werden müssen und den städtischen Haushalt belasten.

Wer ernsthaft sparen will, muss diese Ausgaben infrage stellen. Wir halten es zudem für nicht gerechtfertigt, dass sich Gesamtaufwendungen in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags ausschließlich auf einen Stadtteil konzentrieren.

Diese Streichungen beantragen wir für das IHKO in weiteren Produktbereichen.